

Protokoll über die Sitzung des Rates

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 10.03.2021
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 20:03 Uhr
Ort, Raum: Realschule, Meyerhofstraße 6

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Tobias Gerdesmeyer

Ratsvorsitzender

Herr Norbert Bockstette

Ratsmitglieder

Herr Tobias Beckhelling

Herr Stephan Blömer

Herr Walter Bokern

Herr Frank Bruns

Herr Evren Demirkol

Frau Manuela Deux

Herr Christian Fahling

Herr Norbert Hinzke

Frau Silvia Klee

bis einschl. TOP 4.3

Herr Eckhard Knospe

Frau Stefanie Kröger

Herr Fabio Maier

Herr Walter Mennewisch

Herr Christian Meyer

bis einschl. TOP 3

Herr Dr. Lutz Neubauer

Herr Franziskus Pohlmann

Frau Christina Renner

Herr Clemens-August Röchte

Herr Konrad Rohe

Herr Paul Sandmann

Frau Julia Sandmann-Surmann

Herr Thomas Schlarmann

Frau Elsbeth Schlärmann

Herr Walter Sieveke

Frau Brigitte Theilen

Frau Henrike Theilen

Herr Peter Willenborg

Herr Michael Zobel

Verwaltung

Herr Gert Kühling

Herr Ralf Blömer

Frau Kathrin Kolhoff

Frau Cornelia Rothkegel
Herr Hermann Theder
Herr Sebastian Wolke

Abwesend:

Ratsmitglieder

Frau Margarete Godde
Herr Ralf Kache
Herr Reinhard Mertineit
Herr Lukas Runnebom
Herr Holger Teuteberg
Herr Ali Yilmaz

Tagesordnung:**Öffentlich**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls von der Sitzung am 09.12.2020
3. Bericht des Bürgermeisters über Verwaltungs- und kommunalpolitische Angelegenheiten
4. Beschlussvorlagen des Verwaltungsausschusses
 - 4.1. Vorschläge des Verwaltungsausschusses
 - 4.1.1. Wahlbereiche für die Kommunalwahl am 12.09.2021
Vorlage: 10/001/2021
 - 4.1.2. Berufung des Wahlleiters sowie der stellvertretenden Wahlleiterin der Stadt
Lohne für die Kommunalwahlen 2021
Vorlage: 10/002/2021
 - 4.1.3. Antrag von Amnesty international auf Beitritt zum Städtebündnis "Städte für das Leben - gegen die Todesstrafe"
Vorlage: 10/004/2021
 - 4.1.4. Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss und die Ratsausschüsse
Vorlage: 10/007/2020/1
5. Anträge, Anfragen und Anregungen
 - 5.1. Anfrage zur Überprüfung von Gutachten
 - 5.2. Anregung hinsichtlich der Bereitstellung von Stellungnahmen zum Bebauungsplan 20 E
 - 5.3. Bürgerinformationssystem
 - 5.4. Kostenlose Schnelltests für Kindertagesstätten und Schulen
 - 5.5. Gesamtkosten des LOHNEUMs
 - 5.6. Stattfinden der Fachausschusssitzungen
6. Einwohnerfragestunde

Öffentlich**1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung**

Vor der Sitzung wurden alle Sitzungsteilnehmer mittels Antigen-Schnelltests negativ auf das Coronavirus getestet.

Ratsvorsitzender Bockstette eröffnete die Sitzung unter Wahrung des Mindestabstandes und begrüßte die Zuhörer. Er stellte fest, dass die Ratsmitglieder ordnungsgemäß durch Einladung vom 02.03.2021 einberufen wurden. Die Tagesordnung zu Teil A der Sitzung wurde im öffentlichen Teil der Oldenburgischen Volkszeitung bekannt gegeben. Die Beschlussfähigkeit wurde festgestellt und beschlossen, die Tagesordnung um TOP 5 – Anträge, Anfragen und Anregungen“ zu erweitern.

2. Genehmigung des Protokolls von der Sitzung am 09.12.2020**Beschluss:**

Das Protokoll wird genehmigt.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 28 , Enthaltungen: 2

3. Bericht des Bürgermeisters über Verwaltungs- und kommunalpolitische Angelegenheiten

Bürgermeister Gerdesmeyer trug die wesentlichen Inhalte seines Berichts vor. Dieser ist dem Protokoll als Anlage beigefügt, ebenso die Berichte des Präventionsrates und der Gleichstellungsbeauftragten.

4. Beschlussvorlagen des Verwaltungsausschusses**4.1. Vorschläge des Verwaltungsausschusses****4.1.1. Wahlbereiche für die Kommunalwahl am 12.09.2021
Vorlage: 10/001/2021**

Die Mitglieder des Stadtrates folgten dem Vorschlag des Verwaltungsausschusses.

Beschluss:

Für die Kommunalwahl am 12.09.2021 wird keine Einteilung in Wahlbereiche vorgenommen. Das Gebiet der Stadt Lohne bildet einen Wahlbereich.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 30

**4.1.2. Berufung des Wahlleiters sowie der stellvertretenden Wahlleiterin der Stadt Lohne für die Kommunalwahlen 2021
Vorlage: 10/002/2021**

Die Mitglieder des Stadtrates folgten dem Vorschlag des Verwaltungsausschusses.

Beschluss:

Zum Wahlleiter der Stadt Lohne für die Kommunalwahlen 2021 wird Herr Allgemeiner Vertreter des Bürgermeisters Gert Kühling und zu seiner Stellvertreterin Frau Stadtinspektorin Kathrin Kolhoff berufen.

einstimmig beschlossen
Ja-Stimmen: 30

**4.1.3. Antrag von Amnesty international auf Beitritt zum Städtebündnis "Städte für das Leben - gegen die Todesstrafe"
Vorlage: 10/004/2021**

Nach Vorstellung des Antrags sprachen sich alle Ratsmitglieder in verschiedenen Redebeiträgen deutlich für einen Beitritt zum Städtebündnis „Städte für das Leben – gegen die Todesstrafe“ aus.

Es wurde dazu u. a. ausgeführt, dass auch kleine Städte wie Lohne auf diese Angelegenheit aufmerksam machen und sich mit verschiedenen Maßnahmen einbringen müssen, sodass die Todesstrafe weltweit bekämpft werden könne.

Auch seitens der Verwaltung wurde der Beitritt für richtig befunden, jedoch wurde auch darauf hingewiesen, dass Resolutionen, die nicht unmittelbar mit der Kommunalpolitik zu tun haben, immer die Gefahr von Sonntags- oder Fensterreden bergen. Im Falle des häufigen Beschließens von Resolutionen, bspw. für die Abschaffung von Atomwaffen o. ä. wurde davor gewarnt, dass künftig bei kommunalen Sitzungen allgemeine landes-, bundes-, europa- und bundespolitische Themen behandelt werden würden und der Fokus sodann nicht mehr auf den ohnehin vielen zu beratenden und wichtigen kommunalen Angelegenheiten liegen würde.

Beschluss:

1. Dem Bündnis „Städte für das Leben – Städte gegen die Todesstrafe“ wird beigetreten.
2. Bei Initiativen der örtlichen Gemeinschaft von Sant'Egidio oder anderen Organisationen, die an dieser Initiative beteiligt sind, soll im Rahmen der Möglichkeiten mitgearbeitet werden, um die Bürger für die Notwendigkeit der weltweiten Abschaffung der Todesstrafe zu sensibilisieren.
3. Die Stadt soll auf ihrer Internetseite einen Link zur Homepage der Gemeinschaft Sant'Egidio schalten, der direkt zu weltweiten Kampagne gegen die Todesstrafe führt. Darüber wird ein Symbol und der Schriftzug „Städte für das Leben – Städte gegen die Todesstrafe“ eingefügt.

einstimmig beschlossen
Ja-Stimmen: 30

**4.1.4. Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss und die Ratsausschüsse
Vorlage: 10/007/2020/1**

Der durch den Verwaltungsausschuss vorgeschlagene Entwurf wurde verwaltungsseitig vorgestellt und auf kleine banale Fehler hingewiesen. Sodann folgten Wortbeiträge einiger Ratsmitglieder.

Ein Sprecher vertrat die Auffassung, dass die Geschäftsordnung aus Präsenz- und Transparenzgründen nicht mehr zeitgemäß sei und weitere Übertragungsmöglichkeiten geschaffen werden müssen. Film- und Tonaufnahmen seien lt. Geschäftsordnung zwar zulässig, werden allerdings durch die Hauptsatzung ausgeschlossen. Es wurde daher angeregt, auch die Hauptsatzung entsprechend zu ändern.

In einem folgenden Wortbeitrag wurde geäußert, dass die Neufassung der Geschäftsordnung hinsichtlich der Demokratie insgesamt einen Rückschritt darstelle. Seinerzeit sei die Regelung, dass im Rahmen der Einwohnerfragestunde nur Fragen mit Bezug zur Tagesordnung gestellt werden dürfen, gestrichen worden. Nun werde dieser Passus wieder eingefügt, worunter die Transparenz nach eigener Einschätzung leide.

Grund für die langen Sitzungen seien die zu langen Tagesordnungen. Sofern die Sitzungen gestrafft werden sollen, solle dies nicht zu Lasten der politischen Einflussnahme erfolgen.

Kritik erfolgt zu § 8 b), zudem wurde § 8 a) als undemokratisch betitelt.

Die Geschäftsordnung bringe nach Auffassung des Sprechers lediglich Vorteile hinsichtlich der Vertreterregelung in § 23.

Ein Sprecher der SPD-Fraktion wies darauf hin, dass trotz der langen Vorbereitungsphase seiner Ansicht nach immer noch Änderungsbedarf bestehe und nicht den Vorstellungen seiner Fraktion entspreche. Eine Geschäftsordnung diene vorrangig der Rechtssicherheit und der Transparenz und solle Festsetzungen für mehr Bürgerfreundlichkeit enthalten, also Social Media-tauglich sein. Dies wurde mehrfach mit verschiedenen Änderungsanträgen angeregt, allerdings mit nur wenig Erfolg. So habe sich die SPD-Fraktion gewünscht, die Einwohnerfragestunde zu Beginn der Sitzung abzuhalten und auch Online-Anfragen zuzulassen, die in der Sitzung beantwortet werden.

Sodann wurden Geschäftsordnungsanträge gestellt, über die nach den Wortbeiträgen abgestimmt wurde.

Seitens der CDU-Fraktion wurde ausgeführt, dass über die Neufassung der Geschäftsordnung einvernehmlich im Verwaltungsausschuss beraten worden sei und seitens einiger Beigeordneten nunmehr in Frage gestellt werde.

Die Hauptsatzung schließe die Möglichkeit des Livestreams derzeit aus. Bei einer Änderung der Hauptsatzung könne dieser aber zugelassen werden. Jedes Ratsmitglied könne der Veröffentlichung der eigenen Beiträge dann widersprechen. Ende 2020 habe ein Austausch mit benachbarten Kommunalparlamenten stattgefunden mit dem Ergebnis, keine Liveübertragung einzurichten. Bereits in der Sitzung des Verwaltungsausschusses sei durch die Verwaltung darauf hingewiesen worden, dass die Einrichtung eines Livetickers nicht Bestandteil der Geschäftsordnung darstelle und bei Bedarf jederzeit eingerichtet werden könne. Nach Auffassung der CDU sei somit genügend Transparenz vorhanden. Von weiteren staatstragenden Statements solle daher Abstand genommen werden.

Die Einwohnerfragestunde solle weiterhin am Ende des öffentlichen Teils abgehalten werden, damit auch hinsichtlich der Tagesordnung und der erfolgten Beratung die Chance bestehe, Fragen zu stellen.

Seitens der CDU-Fraktion wurde sich abschließend für einen gelungenen Entwurf ausgesprochen, dem guten Gewissens zugestimmt werden könne.

Bürgermeister Gerdsmeyer wies darauf hin, dass der Livestream für Hauptamtliche kein Problem darstelle. Nach seiner Einschätzung werde aber die Bereitschaft, ein Ehrenamt zu übernehmen, nicht unbedingt erhöht, da auch die Gefahr bestehe, dass Redebeiträge passend zusammengeschnitten werden.

Fotos seien grundsätzlich zulässig. Film- und Tonaufnahmen nur dann, wenn die Hauptsatzung diese zulasse. In der Geschäftsordnung müsse lediglich aufgeführt sein, dass die Aufnahmen abgelehnt werden können. Fraglich sei in solchen Fällen aber die praktische Umsetzung. So seien u. U. Cuts erforderlich, ggf. eine mobile Kamera o. ä. In einigen Jahren sei

ein Livestream aber vermutlich selbstverständlich. In diesem Falle sei dann keine erneute Änderung der Geschäftsordnung erforderlich.

Auf Nachfrage informierte die Verwaltung, dass für eine Änderung eine einfache Mehrheit ausreichend sei, bei einer temporären Änderung innerhalb einer Sitzung aufgrund des Schutzes der Mitglieder eine 2/3-Mehrheit erforderlich.

Sodann wurde über die Geschäftsordnungsanträge der SPD-Fraktion abgestimmt:

- 1) Zunächst wurde für die folgenden Geschäftsordnungsanträge namentliche Abstimmung beantragt. Diesem Antrag wurde mit 10 Ja-Stimmen und somit mit einer 1/3-Mehrheit stattgegeben.
- 2) Hinsichtlich der Öffentlichkeit der Sitzungen wurde beantragt, § 2 IV wie folgt zu ändern: „In öffentlichen Sitzungen sind Bild- und Tonaufnahmen zulässig, wenn sie die Ordnung der Sitzung nicht gefährden. Abgeordnete der Vertretung können überdies jederzeit verlangen, dass die Aufnahme ihres Redebeitrages oder die Veröffentlichung der Aufnahme unterbleibt.“

Ja-Stimmen: 10

(Tobias Beckhelling, Stephan Blömer, Evren Demirkol, Manuela Deux, Silvia Klee, Eckhard Knospe, Walter Mennewisch, Dr. Lutz Neubauer, Franziskus Pohlmann, Peter Wiltenborg)

Nein-Stimmen: 20

(Tobias Gerdesmeyer, Norbert Bockstette, Walter Bokern, Frank Bruns, Christian Fahling, Norbert Hinzke, Stefanie Kröger, Fabio Maier, Christian Meyer, Christina Renner, Clemens-August Röchte, Konrad Rohe, Paul Sandmann, Julia Sandmann-Surmann, Thomas Schlarmann, Elsbeth Schlärmann, Walter Sieveke, Brigitte Theilen, Henrike Theilen, Michael Zobel)

- 3) Gem. § 10 VI wurde beantragt, die Redezeit auf 10 Minuten zu erhöhen, insbesondere für Haushaltsberatungen.

Ja-Stimmen: 10

(Tobias Beckhelling, Stephan Blömer, Evren Demirkol, Manuela Deux, Silvia Klee, Eckhard Knospe, Walter Mennewisch, Franziskus Pohlmann, Paul Sandmann, Peter Wiltenborg)

Nein-Stimmen: 19

(Tobias Gerdesmeyer, Norbert Bockstette, Walter Bokern, Frank Bruns, Christian Fahling, Norbert Hinzke, Stefanie Kröger, Fabio Maier, Christian Meyer, Christina Renner, Clemens-August Röchte, Konrad Rohe, Julia Sandmann-Surmann, Thomas Schlarmann, Elsbeth Schlärmann, Walter Sieveke, Brigitte Theilen, Henrike Theilen, Michael Zobel)

Enthaltungen: 1

(Dr. Lutz Neubauer)

Sodann wurde über die Neufassung der Geschäftsordnung abgestimmt.

Beschluss:

Der als Anlage beigefügte Entwurf einer Neufassung der Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss und die Ratsausschüsse wird beschlossen.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 20 , Nein-Stimmen: 10

5. Anträge, Anfragen und Anregungen**5.1. Anfrage zur Überprüfung von Gutachten**

Nach Vorstellung der Anfrage wurde diese wie folgt durch den Stadtkämmerer Theder beantwortet:

Das konkrete „Projekt“ befand sich in einer Vorphase, die noch keine detaillierten Zahlen erwarten ließ. Es handelte sich um einen Vortrag zum Aufzeigen technischer Möglichkeiten des vom Verein BW Lohne beauftragten Planungsbüros. Eine Entscheidungsreife war im Herbst 2019 noch nicht gegeben.

Die angenommenen Kosten von ca. 900.000 € je Hallenplatz wurden nicht nur bei der Variante 2 Sanierung (= 1 neuer Hallenplatz), sondern auch bei der Variante 1 „Neubau westlich der Steinfelder Straße“ angesetzt (4 Plätze = 3.500.000 €). Der Kostenvergleich ist mit 2,07 Mio. € zu 7,67 Mio. € ausgegangen.

Zu den vier gestellten Fragen:

1. Gibt es bei der Stadt Lohne eine von den Ressorts unabhängige Kontrollinstanz?
Nein, innerhalb der Stadtverwaltung Lohne gibt es keine „unabhängige“ Kontrollinstanz.
2. Falls nein, sind die Ressorts kompetent Gutachten / Vorträge zu bewerten?
Sofern der in den Ämtern und Abteilungen vorhandene Sachverstand nicht ausreicht, wird je nach Bedarf externer Sachverstand im notwendigen Umfang hinzugezogen. Das können z.B. Fachplaner sein.
3. Gibt es Gutachten/Vorträge, die die Realität offensichtlich falsch beschrieben?
Hier sind keine solchen Gutachten oder Vorträge geläufig. Im vorgestellten Fall hat es sich allerdings nach Ansicht des Kämmerers um mögliche Planungen gehandelt, noch nicht um Realität.
4. Gibt es Möglichkeiten von Sanktionen bei beabsichtigten Fehlgutachten / Vorträgen?
Grundsätzlich besteht die Möglichkeit, dass Zuwendungsbescheide, die durch falsche Angaben erreicht wurden, widerrufen / zurückgenommen werden. Sind bei beantragten Zuschüssen die veranschlagten Kosten zu gering und erhöhen sich nachher in der Realität drastisch, sind die als Festbetrag gezahlten Zuwendungen zu gering, aber der Stadt Lohne entsteht kein Schaden.

5.2. Anregung hinsichtlich der Bereitstellung von Stellungnahmen zum Bebauungsplan 20 E

Es wurde angeregt, die Stellungnahmen nach Ablauf der Einwendungsfrist grundsätzlich allen Zugangsberechtigten zur Verfügung zu stellen. Auf eine entsprechende Bitte sei seitens der Verwaltung eine ausweichende Antwort erteilt worden. Die Vorstellung nach einer Überarbeitung reiche nicht aus.

5.3. Bürgerinformationssystem

Ein Ratsmitglied erklärte, dass das Bürgerinformationssystem sehr schlecht und unübersichtlich sei. Oft werde seitens der Bevölkerung um entsprechende Hilfe gebeten, damit entsprechende Informationen gefunden werden können.

5.4. Kostenlose Schnelltests für Kindertagesstätten und Schulen

Ein Sprecher der SPD-Fraktion verwies auf einen Zeitungsartikel, wonach eine Kommune im Landkreis Vechta kostenlos drei kostenlose Schnelltests pro Woche für das Personal in Kindertagesstätten zur Verfügung stelle, was über die Leistungen von Bund und Land hinausgehe.

Es wurde angeregt, diese Möglichkeit auch in den Kindertagesstätten in Lohne vorzusehen und die Kosten zu übernehmen. Ziel müsse unbedingt sein, den Gesundheitsschutz und die Öffnung der Kindertagesstätten zu gewährleisten.

Bürgermeister Gerdesmeyer wies darauf hin, dass die ersten Tests an die Kindertagesstätten und Schulen bereits ausgeliefert worden seien.

Für Kindertagesstätten werde sich an die abgestimmte Haltung innerhalb des Landkreises gehalten und ein Test pro Woche zur Verfügung gestellt. Sofern mehr Bedarf vorhanden sei, werde die Anzahl erhöht.

Ergänzend dazu werde auch allen Lehrkräften ein Test pro Woche im 4-Augen-Prinzip ermöglicht, alternativ zu einem Schnelltest beim Hausarzt.

Sowohl Kindertagesstätten als auch Schulen seien im kreisweiten Vergleich sehr gut ausgestattet.

In der kommenden Woche werde ein kommunales Testzentrum eingerichtet. In Kooperation mit Malteser und DRK seien Tests sowie die Ausstellung einer schriftlichen Bescheinigung des Testergebnisses möglich.

5.5. Gesamtkosten des LOHNEUMs

Die Nachfrage hinsichtlich der Gesamtkosten für das LOHNEUM werde schriftlich beantwortet.

5.6. Stattfinden der Fachausschusssitzungen

Eine Sprecherin stellte fest, dass Sitzungen mittels Schnelltests und FFP2-Masken wieder möglich seien und regte an, auch die Fachausschusssitzungen wieder in Präsenz stattfinden zu lassen.

6. Einwohnerfragestunde

Eine Einwohnerin verwies auf eine bundes- und niedersachsenweite Regelung über die Versiegelung von Flächen und fragte hinsichtlich eines konkreten Berichtes über die vergangene Versiegelung in Lohne nach.

Bürgermeister Gerdesmeyer erklärte, dass eine harte Vorgabe der zugelassenen Flächenversiegelung streitig sei. Eine Formulierung des Niedersächsischen Weges sah vor, die Inanspruchnahme neuer Flächen bis 2040 zu verbieten. Die kommunalen Spitzenverbände haben sich dagegen ausgesprochen.

Die Flächenreduzierung solle zum Ziel zu erheben werden. Ein Verbot mit harten Vorgaben gebe es aber nicht.

In Lohne sei natürlich eine Ermittlung anhand von Luftbildern möglich, sodass eine Übersicht über die letzten 10 Jahre erstellt werden könnte. Dies wurde angeregt.

Es wurde nachgefragt, wie mit den Einsprüchen zur Änderung des Flächennutzungsplan '80 und des Bebauungsplans 20 E umgegangen werde.

Verwaltungsseitig wurde über die ergänzende öffentliche Auslegung informiert, der derzeit stattfindet, jedoch nur Vorgaben zur Sortimentszusammenstellung eines möglichen Verbrauchermarktes betreffe.

Anschließend werden alle eingegangenen Stellungnahmen veröffentlicht. Nach einem Abwägungsvorschlag der Verwaltung folge eine öffentliche Bauausschusssitzung, in der über alle Einwendungen eine Abwägungsentscheidung getroffen und dem Rat vorgeschlagen werden könne, den Bebauungsplan als Satzung zu beschließen. Nach einer nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses erfolge eine abschließende Beratung und Entscheidung des Rates in öffentlicher Sitzung.

Eine Einwohnerin fragte nach, ob Mitarbeiter mit der Entwicklung des Stadtbildes betraut seien und sich hierzu Gedanken machen. Verwaltungsseitig wurde dies bejaht, ergänzend dazu werden Bemusterungskommissionen und Fachplaner beauftragt, um gute Lösungen zu finden.

Seitens der Einwohnerin wurde darauf hingewiesen, dass die entsprechende Transparenz fehle.

Auf Nachfrage an die SPD-Fraktion zur Positionierung hinsichtlich der Waldrodung für ein mögliches Krankenhaus in Vechta erklärte der Fraktionssprecher, dass für eine Beurteilung zunächst die entsprechenden Unterlagen mit verbindlichen Informationen vorliegen müssen, um eine konkrete Stellungnahme abgeben zu können.

Ratsvorsitzender Bockstette schloss den öffentlichen Teil der Sitzung.

Nachdem die Zuhörer den Sitzungsraum verlassen hatten, eröffnete er den nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

Tobias Gerdemeyer
Bürgermeister

Norbert Bockstette
Vorsitzender

Kathrin Kolhoff
Protokollführerin